



In Marseille steht die Moschee des Bleuets im 13. Arrondissement im Fokus der Behörden. Der Vorwurf: Ihr Imam, Ismaïl Bendjilali, verbreite seit Jahren Botschaften, die Gewalt und Diskriminierung rechtfertigen. Aufgrund dieser Anschuldigungen hat das französische Innenministerium, vertreten durch den Präfekten der Region Bouches-du-Rhône, am 20. August die Einleitung eines Verfahrens zur Schließung der Moschee angekündigt.

Laut den Behörden soll der Imam wiederholt extremistische Ansichten vertreten haben – darunter die Legitimierung von ehelicher Vergewaltigung und Polygamie. Außerdem wird ihm vorgeworfen, die palästinensischen Angriffe auf Israel im Oktober 2023 als „göttliche Bestrafung“ dargestellt zu haben. Diese Äußerungen hätten nicht nur vor Ort, sondern auch über soziale Netzwerke ein großes Publikum erreicht.

Innerhalb von zehn Tagen müssen die Verantwortlichen der Moschee nun auf diese Anschuldigungen reagieren, um die drohende Schließung möglicherweise noch abzuwenden. Doch die Chancen stehen schlecht – die Beweislage, so die Behörden, sei erdrückend.

Inmitten dieser Entwicklungen zeigt sich erneut, wie wichtig der Kampf gegen Extremismus bleibt. Egal, ob in Predigten oder auf Social Media – solche Aussagen können gravierende Konsequenzen haben. Die Verantwortlichen in Marseille und auf nationaler Ebene lassen keinen Zweifel daran, dass sie entschlossen sind, solchen Entwicklungen konsequent entgegenzutreten.